

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 96 848-46 ppbn d



Inhalt

Marie Schlei über den
Stellenwert der Nord-
Süd-Kommission unter
Vorsitz von Willy
Brandt

Seite 1/2

Helmuth Mörhing MdB zur
gestiegenen Anzahl der
Kriegsdienstverweigerer

Seite 3/4

Rudolf Müller MdB meint,
daß die "Weihnachtsbut-
ter"-Aktion nicht unseren
Vorstellungen entspricht

Seite 5

Liesel Hartenstein MdB
schlägt vor: VFW 614
soll Nachtluftpostdienst
übernehmen

Seite 6

32. Jahrgang / 228 / 29. November 1977

Für den Ausgleich zwischen Nord und Süd

Brandt-Kommission sucht Lösungen für das brisanteste
Gegenwartsproblem

Von Marie Schlei
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Willy Brandt gibt heute die Zusammensetzung der Nord-Süd-
Kommission bekannt, die am 9. Dezember 1977 zum ersten Mal
in Gynnich zusammentreten wird.

Diese Kommission hat keine Vorläufer; sie ist in ihrer Hoch-
rangigkeit einmalig. Ihre Aufgaben sind unvergleichbar, und
in ihr finden sich einige der bedeutendsten Politiker, die
die Welt aufzuweisen hat.

Die Mitglieder der Kommission werden in den nächsten acht-
zehn Monaten für das brisanteste und wesentlichste Problem
der Gegenwart Lösungen zu suchen haben. Ihre Arbeit wird
von der Überlegung ausgehen, wie global Reformen auszusehen
haben, damit globale Revolutionen verhindert werden können.
Sie müssen Wege dahin weisen, wie die Mehrheit der Menschen
an den Privilegien teilhaben kann, die einer Minderheit vor-
behalten sind. Sie müssen Möglichkeiten aufzeigen, wie die-
se Minderheit lernen kann, die Mehrheit als eine Gruppe zu

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Kölnner Straße 108-112,
5300 Bonn-Bad Godesberg
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

verstehen, die mitbestimmen und mit dazu gehören soll.

Nur Kurzsichtige können Willy Brandt Flucht vor der Innenpolitik vorwerfen, wenn er den Ausgleich zwischen Nord und Süd mit organisieren hilft. Was zwischen Nord und Süd geregelt werden muß, hat tiefgreifende Auswirkungen auf unsere Innenpolitik. Wenn es nicht geregelt werden könnte, würde unsere Innenpolitik eines Tages auf eine Weise von aussen bestimmt, wie wir das nicht wollen und ertragen können.

Willy Brandts Kommission muß uns stärker bewußt machen, daß die Entwicklung der sogenannten Dritten Welt ein gleichrangiges Ziel der Friedenspolitik neben Entspannung und Abrüstung ist. Entspannung, Abrüstung und Entwicklung sind heute die wesentlichen kriegsverhindernden und friedensfördernden Politiken. Sie bedingen einander: Nur weil es Entspannung gibt, können wir uns auf Abrüstung und auf die Entwicklung der Dritten Welt konzentrieren. Nur wenn Abrüstung stattfindet, hat Entwicklung Sinn, und nur wenn es Entspannung gibt, ist es möglich. Aber nur wenn Entwicklung geschieht, sind auf die Dauer die Ergebnisse von Entspannung und Abrüstung sicher.

Die Arbeit der Kommission wird den Abstand zwischen den Wissenden und den Ahnenden unter unseren Bürgern zu den Ignoranten vergrößern. Sie wird den wenigen Entwicklungspolitikern helfen, mehr Verständnisbereitschaft zu finden, wenn es darum geht, den Bürgern lebenswichtige Fragen begreiflich zu machen. Die Mitglieder der Kommission verleihen der zentralen Frage dieses Jahrhunderts durch ihre Autorität einen Zuwachs an Bedeutung. Die Entwicklungspolitiker schulden ihnen dafür Dank.

(-/29.11.1977/bgy/ja)

+ * +

Genügt "Postkarte" wirklich ?

Gedanken zur gestiegenen Anzahl der Kriegsdienstverweigerer

Von Helmuth Mörzing MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages

Daß die Zahl der Antragsteller auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer nach Aussetzung des Prüfungsverfahrens ansteigen würde, davon gingen alle aus, die vor der Gesetzesverabschiedung versuchten, Auswirkungen realistisch abzuschätzen. Es kam nur darauf an, ohne Hektik, aber mit Aufmerksamkeit abzuwarten, wie schnell der Wehrpflichtige das ganze Ausmaß seiner Eigenverantwortung, die ihm durch dieses Gesetz zugefallen war, erkennen und beachten würde.

In diese Phase der Entwicklung junger Menschen zur Mündigkeit stieß mit gekonnter Polemik und einer ebenso unheilvollen Auswirkung wie seinerzeit "Freiheit statt Sozialismus" die bundesweit genormte Sprachregelung der CDU/CSU des "Postkarte genügt". Hier wird dem noch weitgehend uninformatierten Wehrpflichtigen unterschwellig suggeriert, er könne mit Hilfe einer einfachen Postkarte den Wehrdienst vermeiden.

So jedenfalls stellt sich dem um die Bedarfsdeckung unserer Bundeswehr besorgten, aber gleichzeitig auch um mehr Freiheit von würdeloser Prüfpraxis bemühten Politiker ein Vorgang dar, der sicher zu Respekt vor demagogischen Geschick der Oppositionsstrategie zwingt, der aber gleichzeitig katastrophale Folgewirkungen auf das kaum gefestigte Staatsbewußtsein unserer Wehrpflichtigen hat.

Ich behaupte: Ein nicht unerheblicher Teil der stark angestiegenen Zahl von Antragstellern geht in den letzten Monaten auf das Konto der Erfinder dieser "Postkarten-Aktion". Wenn sie damit erreichen wollen, auf einem Nebenweg das Gesetz noch vor der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes in seiner beabsichtigten Wirkung zu stören, dann kann dies nicht nur bedauert werden, dann ist ein solcher Versuch schärfstens zu

verurteilen, und alle vorher gesprochenen Worte der Besorgnis aus der Oppositionsecke waren dann nur Heuchelei.

Wenn wenigstens dieses "Postkarten-Signal", das die Gedankenverbindung der Vermeidung des Grundwehrdienstes auslöst, stimmen würde!

Aber der Wehrpflichtige, der meint, diese Bemerkung könne ihm bei einer Art Güterabwägung hilfreich sein, wird von der Opposition ganz schön auf's Kreuz gelegt. Er darf, weil dies die CDU/CSU in der Öffentlichkeit zu diskutieren vergißt, dafür einen um drei Monate längeren und oft weit schwereren Zivildienst ausüben.

Er hat nach dem Willen des Gesetzgebers künftig auch keinerlei Vorteile gegenüber dem Soldaten, er wird genau so heimatfern verwendet, und es wird angestrebt, daß der Zivildienstleistende in einer Gemeinschaftsunterkunft zu wohnen hat.

Alle diejenigen also, die meinen, sie könnten im Sinne der CDU/CSU per Postkarte einen Dienst "wählen" und sich später bitter enttäuscht sehen, weil sie den schwereren Teil dabei erwisch haben, sollten daran denken, wer diese seltsame Art der Gesetzesauslegung suggeriert hat.

Der Gesetzgeber will mehr Freiheit und Würde im Bereich der eigenen Gewissensentscheidung. Daran sollten junge Menschen denken und sich diese Entscheidung nicht zu leicht machen. Es gibt sonst auch eine Mißachtung des Artikels 4,3 Grundgesetz durch Mißbrauch. Und dies ist genau so verwerflich wie der Mißbrauch des Prüfungsverfahrens alter Art.

Die Lösung des Problems liegt gewiß nicht in der Manipulation irgendwelcher Bedarfszahlen. Die Lösung kann nur in dem erfolgreichen Bemühen aller verantwortlichen Politiker liegen, unserer Jugend ein Staatsbewußtsein zu vermitteln, das sie in die Lage versetzt, klar und eigenverantwortlich darüber zu befinden, ob der vom Gesetzgeber für unbedingt notwendig gehaltene Auftrag zur Verteidigung unserer demokratischen Gesellschaftsordnung von einzelnen Bürgern nicht mitgetragen werden kann, und ob sie sich stattdessen für einen Dienst an kranken und gebrechlichen Mitbürgern entscheiden. Beide jedenfalls müssen sich bewußt sein, daß sie einen Dienst für unsere Gesellschaft und unsere Freiheit zu leisten haben. Unseren jungen Bürgern ist hier eine große Chance geboten, sich in ihrer Mündigkeit zu bewähren.

(-/29.11.1977/ks/ja)

"Weihnachtsbutter" macht Ärger

Einmalige Aktion entspricht nicht unseren Vorstellungen

Von Rudolf Müller (Schweinfurt) MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Die am 21. November angelaufene Aktion "Weihnachtsbutter", die den Bundesbürgern eine begrenzte Menge verbilligter Butter beschert, hat nicht nur Freude über den günstigen Preis, sondern sowohl bei Händlern als auch bei Verbrauchern einigen Ärger mit sich gebracht.

Bei den einen, weil sie nicht so viel Butter wie sie bestellten angeliefert bekamen, bei den anderen, weil es erstmals nach langen Jahren wieder Schlangen gab, die nach Lebensmitteln anstanden und weil manche Hausfrauen nach geduldigem Warten hören mußten, daß der Vorrat an "Billig-Butter" bereits ausverkauft sei.

Ehe diese Engpässe, die bedauerlicherweise aufgetreten sind und die nach der Art der Aktion auch unvermeidlich waren, zum Anlaß genommen werden, auf die Bundesregierung zu schimpfen, soll hier folgendes klargestellt werden:

Die Bundesregierung vertritt in Brüssel seit Jahren die Ansicht, zum Abbau des leidigen Butterberges sei es erforderlich, ganzjährig eine zweite verbilligte Buttersorte als "Kühlhausbutter" auf den Markt zu bringen. Dies wäre wirkungsvoller und für den Verbraucher auch nützlicher als eine einmalige Aktion.

Die Bundesregierung konnte sich mit diesem Vorschlag jedoch nicht durchsetzen, hauptsächlich deshalb, weil in einigen Mitgliedsländern der EG eine Güteklasseneinteilung bei Lebensmitteln nicht besteht und die Einführung einer zweiten Buttersorte auf rechtliche Schwierigkeiten gestoßen wäre. Im Rahmen der nun durchgeführten Aktion "Weihnachtsbutter" werden einmalig 24.000 Tonnen Butter verbilligt abgegeben. Das ist zwar für den gesamten Bereich der Bundesrepublik nicht allzuviel - nur ein knappes Pfund pro Kopf - aber dennoch brauchen diejenigen, die bisher noch keine verbilligte Butter kaufen konnten, noch nicht zu fürchten, sie müßten leer ausgehen. Die Molkereien werden noch bis etwa Mitte Dezember täglich 1.000 Tonnen Butter auf den Markt bringen. Erst nach Ablauf dieser Frist sollte man daher über Erfolg oder Mißerfolg der gesamten Aktion abschließend urteilen.

Auch das Bundesernährungsministerium hat vor, im Januar mit Vertretern der Wirtschaft neue Vorschläge für die Brüsseler Verhandlungen zu erarbeiten und eventuell die Ergebnisse der jetzt laufenden Aktion zur Untermauerung der bisher vertretenen deutschen Ansichten zu nutzen.

Fest steht jedenfalls schon jetzt, daß etwas für den Abbau der Überschüsse in Europa getan werden muß. Durch eine Drosselung der Produktion gelang dies bisher nicht. Fragen muß man sich aber, ob eine einmalige Verkaufsaktion der richtige Weg ist. Vielleicht hat in Zukunft in Brüssel der ursprüngliche deutsche Vorschlag einer zweiten Sortenbutter doch mehr Aussicht auf Erfolg.

(-/29.11.1977/ks/ja)

VFW 614 soll Nachtluftpostdienst übernehmen

Sicherung von Arbeitsplätzen und Verminderung der Lärmbelastigung

Von Dr. Liesel Hartenstein MdB

Stellv. Mitglied des Verkehrsausschusses des Bundestags

Der immer noch mit lauten Maschinen des Typs B 737 durchgeführte Nachtluftpostdienst der Deutschen Bundespost ist seit langem ein Ärgernis für die lärmgeplagte Bevölkerung in der Umgebung der deutschen Verkehrsflughäfen. Start und Landung der Postmaschine (gegen 2 Uhr nachts) durchbrechen in den meisten Fällen die geltenden Nachtluftverbote und zerreißen die Nachtruhe der betroffenen Menschen.

Es ist unverständlich, warum die Deutsche Bundespost bis heute die Deutsche Lufthansa als Bundesunternehmen nicht veranlassen konnte, lärmärmere Flugzeuge für diesen Dienst einzusetzen. Eines der leisesten Flugzeuge, das selbst den neuen verschärften Lärmgrenzwerten nach den ICAO-Richtlinien Anhang 16 entspricht, ist die VFW 614. Sie gehört damit zu den technisch fortschrittlichsten Typen der internationalen Flugzeugindustrie, was die Bemühungen der "Lärminderung an der Quelle" betrifft. Die Aufwendung öffentlicher Mittel von mehreren Hundert Millionen DM für die Entwicklung und den Bau dieses Flugzeuges war daher sinnvoll und wohl gerechtfertigt.

Durch die Krise, in der sich die VFW-Fokker-Betriebe nunmehr seit fast zwei Jahren befinden, ist nicht nur diese erfolgreiche Entwicklung in Frage gestellt, sondern es sind darüber hinaus 1.200 bis 2.000 Arbeitsplätze gefährdet. Wenn nicht rasch eine Lösung gefunden werden kann, ist die Sorge der betroffenen Arbeitnehmer um den Verlust ihrer Arbeitsplätze nur allzu begründet. Angesichts der Dringlichkeit der Situation sollte die Lufthansa schleunigst zur Prüfung der Möglichkeiten veranlaßt werden, die VFW 614 für den Einsatz im Nachtluftpostdienst zu übernehmen. Sie würde damit wichtige, für die betroffenen Arbeitnehmer sogar lebenswichtige Probleme lösen helfen und gleichzeitig einen wesentlichen Beitrag zur Entschärfung des Lärmproblems in der Umgebung von Verkehrsflughäfen leisten. Ein Fortschreiten auf dem eingeschlagenen Weg - sei es durch Fortentwicklung der VFW 614 oder durch den Bau einer kleineren Version des Airbus - würde den beiden Zielen, Sicherung von Arbeitsplätzen und Verminderung der Lärmbelastigung, in jedem Falle dienen.

(-/29.11.1977/hi/ja)

+ + +

Terrorismus-Bekämpfung

Eine internationale Aufgabe

Von Dr. Hans de With MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesjustizminister

Der Terrorismus ist ein internationales Problem; er kann nur dann überwunden werden, wenn ihm in internationaler Zusammenarbeit begegnet wird. Das haben die Verbrechen deutscher Terroristen in den Niederlanden und die Flucht von Dr. Croissant nach Frankreich erneut deutlich gemacht.

Die Gemeinschaft der zivilisierten Staaten ist sich ihrer Pflicht zur Zusammenarbeit auf diesem Felde durchaus bewußt. Sie hat auch schon einiges getan, des Problems Herr zu werden. Die Bundesregierung ist dabei zumeist eine treibende Kraft gewesen.

Anläßlich der am Freitag geführten 1. Lesung des Bundestages über das Europäische Übereinkommen zur Bekämpfung des Terrorismus und des Beschlusses des Bundesrates im sog. 2. Durchgang über das Montrealer Abkommen hier ein kurzer Überblick über die wichtigsten bereits geschlossenen Verträge und Initiativen der Bundesrepublik:

- 1/ Das Luftrechtsübereinkommen von Tokio vom 14. September 1963, das für die Bundesrepublik bereits in Kraft ist, regelt für Straftaten an Bord von Flugzeugen die Gerichtszuständigkeit, billigt dem Kommandanten des Flugzeuges Zwangsmaßnahmen zu und verpflichtet die Vertragsstaaten, alles zu tun, dem rechtmäßigen Kommandanten das Flugzeug zurückzugeben und die Rückkehr der Maschine zu ermöglichen.
- 2/ Das Übereinkommen von Den Haag vom 16. Dezember 1970 zur Bekämpfung der widerrechtlichen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen verpflichtet die Vertragsstaaten, Flugzeugentführungen mit schwerer Strafe zu bedrohen. Auch dieses Übereinkommen ist bei uns in Kraft.
- 3/ Das Übereinkommen von Montreal vom 23. September 1971 ergänzt das Haager Übereinkommen um wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung von Sabotageakten gegen den Luftverkehr. Der Bundestag hat das Zustimmungsgesetz in 2. und 3. Lesung beschlossen. Heute hat ihm der Bundesrat zugestimmt.
- 4/ Die Diplomatenschutzkonvention vom 14. Dezember 1973 - für die Bundesrepublik in Kraft - verfolgt das Ziel, weltweit die Verfolgung terroristischer Anschläge gegen